

GLOBALISIERUNG

„Politik ist entpolitisiert“

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu über die Schwächen, Illusionen und Chancen der weltweiten Protestbewegung

Bourdieu, 70, Professor am berühmten Collège de France in Paris, ist einer der renommiertesten Soziologen und Globalisierungskritiker.



PIERRE VERDY / AFP / DPA

Laissez-faire nicht dasselbe sind. Der Neoliberalismus ist eine Eroberungswaffe, er verkündet einen ökonomischen Fatalismus, gegen den jeder Widerstand zwecklos erscheint. Er ist wie Aids: Er greift das Abwehrsystem seiner Opfer an.

SPIEGEL: Hat die Politik, auch die der Linken, schon kapituliert?

SPIEGEL: Herr Professor Bourdieu, beim Weltwirtschaftsgipfel in Genua marschieren die Globalisierungsgegner zu ihrer wahrscheinlich größten Kundgebung auf. Können Sie sich in dem Radau noch Gehör verschaffen?

Bourdieu: Ich bin sehr pessimistisch. Die Krawalle ziehen alle Aufmerksamkeit auf sich. Jede Analyse geht darin unter. Die Öffentlichkeit erkennt nur noch Anarchisten, Hooligans, rote Extremisten.

SPIEGEL: Intellektueller Widerstand allein hätte aber wohl kaum derartige Massenaktionen zu Stande gebracht.

Bourdieu: Die Gewalttäter mit ihren organisierten Eingreiftruppen haben zumindest eine Funktion: Sie zwingen die Protagonisten des Neoliberalismus, die sich gern den Anschein der Gelassenheit, der Vernunft geben, ihre eigene Gewalt vorzuführen.

SPIEGEL: Entsteht also doch so etwas wie eine große Protestbewegung, vielleicht gar eine neue Form des Klassenkampfes?

Bourdieu: Es ist eher eine noch chaotische Reaktion auf den konservativen Dogmatismus, der den räuberischen Kapitalismus in neuem, scheinbar zivilisiertem Gewand wiederaufleben lassen will. Immer mehr Menschen begreifen, dass Freiheit und

Bourdieu: Europas Regierungen, auch die sozialdemokratischen, haben den Neoliberalismus zu einem großen Teil verinnerlicht – und damit die Politik entpolitisiert.

SPIEGEL: Die Linke hat nun mal kein Rezept gegen den Neoliberalismus gefunden. Ist der Sozialismus in Europa tot?

Bourdieu: In der offiziellen Politik kommt er jedenfalls nur noch als Theater vor. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit werden noch beschworen, aber es sind Phrasen. In Wirklichkeit lassen die Politiker der Globalisierung ihren Lauf. Sie bedienen sich schamlos eines Vokabulars der Freiheit, des Wohlstands für alle; dabei unterwerfen sie sich selbst und ihre Bürger den derart von ihren Fesseln befreiten Kräften der Ökonomie.

SPIEGEL: Die Macht der Finanzmärkte kann nun mal keine Regierung ignorieren. Wie will die Politik, das staatliche Handeln dagegen Spielraum zurückgewinnen?

Bourdieu: Möglicherweise ist es zu spät. Die ökonomistische Sicht der Dinge tötet jede Utopie, das ist ja gerade ihr Zweck: Es scheint nichts anderes möglich, als sich zu fügen. Auf den Medien lastet große Verantwortung. Sie haben dazu beigetragen, eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die vor zehn Jahren nur wie eine mögliche Zukunft erschien, als eine zwangsläufige darzustellen.

SPIEGEL: Bleibt also das Ziel einer europaweiten sozialen Gegenbewegung eine Illusion?

Bourdieu: Sie müsste im Grunde sein, die gegenwärtig noch gespaltenen

Bewegungen sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu vereinen. Und das geht nicht ohne eine europäische Konföderation reformierter, kritischer Gewerkschaften.

SPIEGEL: Sie reden wie ein Prediger, aber woher soll der konkrete Anstoß kommen – aus Berlin, aus Paris, aus Brüssel?

Bourdieu: Das ist das große Problem. Die Vielfalt der globalisierungskritischen Basisinitiativen beweist, dass es zu brodeln begonnen hat. Die Bereitschaft zur Subversion ist da, aber wie lässt sie sich organisieren? Deswegen zögere ich, von einer Gegenrevolution zu sprechen. Es handelt sich eher um eine Gegenreformation: Die Menschen ertragen das Theater der Politik nicht mehr, so wie die Protestanten das Theater der Religion nicht mehr ertragen. Man sehnt sich nach wahrer Politik – so wie damals nach wahrer Religion.

SPIEGEL: Inzwischen ruft selbst Papst Johannes Paul II. die Akteure des Weltwirtschaftsgipfels dazu auf, die Hilferufe der Armen zu hören. Ein willkommener Verbündeter der Globalisierungsgegner?

Bourdieu: Die katholische Kirche ist nicht antikapitalistisch. Sie möchte nur gern etwas Messwein in das Wasser des Neoliberalismus gießen. Ihre Vision von Europa, das ist Neoliberalismus plus Katholizismus, oder Kapitalismus plus Paternalismus.

SPIEGEL: Premier Lionel Jospin verlangt, die Europäische Union zum Instrument des Widerstands gegen die ungezügelte Globalisierung auszubauen. Kann Frankreich sich an die Spitze der Bewegung setzen?

Bourdieu: Aus historischen Gründen hat Frankreich eine große aufständische Tradition. Wir sind Spezialisten der Revolution. Bis heute werden soziale Konflikte bei uns heftiger als anderswo in Europa ausgetragen. Deswegen hat die deutsche Linke Frankreich immer idealisiert. Das gehört zur nützlichen historischen Mythologie.

SPIEGEL: Aber es bedeutet nicht mehr viel?

Bourdieu: Es ist vor allem Rhetorik. Die französische Linke spricht mit doppelter Zunge, genauso wie die gesamte EU sich zwiespältig verhält. Es gibt zwei Europas, und das eine versteckt sich jeweils hinter dem anderen. Da ist einmal das amerikanische Europa, so etwas wie Kanada, ein Verbündeter und Handelspartner der USA, der aber wegen der ungleichen Kräfteverhältnisse in ewiger Abhängigkeit bleibt ...

SPIEGEL: ... und was kann dagegen das andere Europa tun, mit seinen sozialen Errungenschaften, das sich als Gegenmodell zum angelsächsischen Kapitalismus versteht?

Bourdieu: Die Idee eines starken europäischen Bundesstaats ist da, als konkrete Utopie. Sie ist machbar. Die Frage ist nur, ob die europäischen Politiker – andere als die heute regierenden – den Willen und die Kraft dazu aufbringen oder ob sie der eigenen Abdankung weiterhin schulterzuckend zusehen. INTERVIEW: ROMAIN LEICK



SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

Ausschreitungen in Salzburg*: „Chaotische Reaktion“

* Beim Weltwirtschaftsforum am 1. Juli.